



Niederschrift

Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen

| | |
|------------------------|---|
| Sitzungstermin: | Dienstag, 31.01.2023 |
| Sitzungsbeginn: | 18:00 Uhr |
| Sitzungsende: | 19:37 Uhr |
| Raum, Ort: | Bürgerschaftssaal des Rathauses, Markt, 17489 Greifswald |

Bitte beachten Sie die derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen bzgl. der Corona-Schutzmaßnahmen. Die Durchführung eines Antigentests in Eigenverantwortung vor der Sitzung sowie das Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske oder Atemschutzmaske bei Nichteinhaltung des Mindestabstands von 1,5 Metern werden empfohlen. Änderungen sind vorbehalten.

Anwesend

Vorsitzende/r

Gerd-Martin Rappen

Mitglied

Heiko Jaap

Jan Evers

Shady Al-Khoury

Johannes Barsch

Bettina Bruns

Robert Gabel

Yvonne Görs

Dr. Andreas Kerath

Alexander Krüger

Jürgen Liedtke

Birgit Socher

Protokollant/in

Birgit Rosolski

Abwesend

Mitglied

Sebastian Adler

abwesend

Sandro Hersel

abwesend

Verwaltung:

Dr. Stefan Fassbinder
Jonas Dietrich
Ivonne Kruschke
Janine Meier
Dieter Schick
Anja Juhnke
Steffen Winckler
Thilo Kaiser
Andrea Reimann
Tobias Schreiber
Dana Helmstedt

Jeannette von Busse
Stefan Kruse
Friederike Juhnke
Anika Schröder
Diana Stawinski
Andreas Sappelt
Kati Schulz
Winfried Kremer
Dr. Agnes Oestreich
Annett Hauswald

Achim Lerm
Rico Werner
Maja Nitz
Falko Ahlswede
Fanny Gladrow
Klemens Hübner
Jan-Peter Manske
Katrin Teetz
Fabian Feldt
Carola Felkl

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beratung der Beschlussvorlagen
 - 6.1 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024 BV-V/07/0706-01
 - 6.1.1 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024 BV-V/07/0706-01-01
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01
SPD-Fraktion
 - 6.1.2 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024 BV-V/07/0706-01-02
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - 6.1.3 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024 BV-V/07/0706-01-03
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01
Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ
 - 6.1.4 Änderungsantrag BV-V/07/0706-01-04
Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01
Robert Gabel, Anja Hübner
 - 6.2 Bewohnerparkgebührenordnung der UHGW BV-V/07/0704

- 6.2.1 Änderungsantrag zu: BV-V/07/0704-01
Bewohnerparkgebührenordnung der UHGW
Antrag zur Vorlage BV-V/07/0704
**SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH
UMWELT TIERSCHUTZ, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses
- 8 Ende der Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der
Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit
und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom
14.11.2022
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beratung der Beschlussvorlagen
- 6.1 Vergabe der Trägerschaft des Jugendfreizeitzentrums BV-V/07/0707
TAKT in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
- 7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder
des Fachausschusses
- 8 Ende der Sitzung

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Rappen eröffnet um 18:00 Uhr die Ausschusssitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Mit 12 anwesenden Ausschussmitgliedern ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Nachträglich eingegangene Vorlagen sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden:

- BV-V/07/0706-01-01 Änderungsantrag zu: „Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/24“ der SPD-Fraktion
wird unter TOP 6.1.1 eingeordnet
- BV-V/07/0706-01-01 Änderungsantrag zu: „Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/24“ der SPD-Fraktion
wird unter TOP 6.1.1 eingeordnet
- BV-V/07/0706-01-02 Änderungsantrag zu: „Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/24“ der Fraktion BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN wird unter TOP 6.1.2 eingeordnet
- BV-V/07/0706-01-03 Änderungsantrag zu: „Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/24“ der Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ wird unter TOP 6.1.3 eingeordnet
- BV-V/07/0706-01-04 Änderungsantrag zu: „Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/24“ von Robert Gabel, Anja Hübner wird unter TOP 6.1.4 eingeordnet
- BV-V/07/0704-01 Änderungsantrag zu: „Bewohnerparkgebührenordnung der UHGW“ der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und PARTEI MENSCH UMWELT TIER-SCHUTZ, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

. Über diese Vorlage wird abgestimmt, ob sie auf die Tagesordnung gesetzt werden soll

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen

wird unter TOP 6.2.1 eingeordnet

Über die Tagesordnung wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

| Ja-Stimmen | Nein-Stimmen | Enthaltungen |
|------------|--------------|--------------|
| 12 | 0 | 0 |

3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

keine

4 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Feldt kündigt eine Vorlage zur Verpachtung des Z4 an die WITENO GmbH an.

5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

keine

6 Beratung der Beschlussvorlagen

Diskussion zum Entwurf des Haushaltsplanes:

Herr Liedtke:

- keine Zustimmung zu den 32 zusätzlich geplanten Personalstellen der Verwaltung und den 2 zusätzlichen Stellen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Dr. Fassbinder: Hinter jeder Stelle steht eine konkrete Leistung. Wenn Stellen nicht da sind, kann entsprechend die Leistung nicht erbracht werden oder nur mit erheblichen Verzögerungen. Selbstverständlich kann man mit weniger Personal auskommen, aber dann auch mit weniger Leistungen. Die beschlossene Stundenreduzierung im Tarifvertrag bedeutet nach Umlegung auf die Verwaltung zusätzlich einen Verlust von 12 Stellen.

Herr Rappen: Seit 2015, Amtsantritt von Herrn Dr. Fassbinder, sind 80 Stellen als Vollzeitäquivalente geschaffen worden, zusätzlich 11 Stellen über die GMG. Bei dem immensen Stellenaufwuchs muss die Frage gestellt werden, ob diese Stellen an den richtigen Stellen geschaffen wurden. Einem weiteren Stellenaufwuchs wird nicht zugestimmt.

Frau Socher: Auch der Kreis hat den Stellenaufwuchs; allerdings sind auch viele Aufgaben dazugekommen, die entsprechendes Personal erfordern.

Herr Liedtke: Zu den ausgewiesenen Stellen sind noch 10 Poolstellen

aufgeführt, die dann für den sogenannten „Personalmangel“ genutzt werden könnten.

Herr Dr. Fassbinder: In den früheren Jahren sind Mitarbeiterzahlen in der Stadtverwaltung auch aus Gründen von Sparsamkeit stark abgebaut worden, was zu erheblichen Defiziten führte. Eine externe Organisationsuntersuchung zur Grünflächenpflege hat festgestellt, dass dort 40 Stellen zu wenig sind, um den Aufgaben (u. a. pflichtige Aufgaben zur Verkehrssicherheit von Bäumen) nachzukommen. Bei den letzten beiden Haushaltsentwürfen wurden sehr detaillierte Begründungen zu jeder einzelnen Stelle aufgeführt, wo die Politik gebeten wurde, Prioritäten zu setzen. Diese Aufgabe wurde an die Verwaltung zurückgegeben. Es wäre jetzt an der Zeit, dass die Politik klare Vorgaben gibt. Die Schaffung der angesprochenen Poolstellen war eine Idee der Bürgerschaft und sollte zur kurzfristigen Doppelbesetzung bei Renteneintritten dienen. Außerdem sollten diese Stellen genutzt werden, um auf kurzfristige Bedarfe bei Gesetzesänderungen (z. B. Wohngeld) reagieren zu können. Es war nicht angedacht, Poolstellen als „feste“ Stellen umzuwandeln.

Herr Krüger: Beim ausgereichten Stellenplan mit dem Aufwuchs wird um eine Nachreichung gebeten, was bei den Stellen pflichtige Aufgaben sind und welche Stellen monetär was für die Stadt bringen (Anmerkung der Protokollantin: Die Aufstellung der Verwaltung wird dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.). An die CDU gerichtet, wird gewünscht, bis zur Elefantenrunde Prioritäten im Stellenbereich zu setzen.

- THH9 sind zusätzliche Mittel für Laptops einzustellen (für jeden Schüler einer Schule, die in Trägerschaft der UHGW steht),

Herr Krüger: Was stellt sich die CDU-Fraktion an finanziellem Aufwand vor?

Herr Rappen: Perspektivisch soll jedem Schüler ein digitales Endgerät zur Verfügung gestellt werden, finanziell ist dieser Vorschlag noch nicht untersetzt.

Frau Socher: Die Stadt hat hier bereits Hervorragendes geleistet. Der Bedarf, jedes Kind mit einem Laptop auszustatten, wird nicht gesehen.

- Prioritätenliste, Kat. 3, Ausbau der Klaus-Groth-Straße, Straße An der Wiek in Riems,
- Aussetzung der Steuer für Übernachtungen bis zum 31.12.2024,
- THH6, Produkt 54100, Gemeindestraßen, Ansatz für Instandsetzung der Straßen, Rad- und Gehwege um einen Betrag in Höhe von 500 TEUR für das Schlaglochprogramm auch schon für die Winterschäden 2023 eingesetzt,

Herr Krüger: Kann die Verwaltung mit den derzeitigen Personalkapazitäten 500 TEUR zusätzlich verbauen?

Herr Schick: Wenn die zusätzlichen Mittel vor Freigabe des städtischen Haushaltes fließen würden, könnten 500 TEUR vor Haushaltsfreigabe verbaut werden.

- die Einsetzung eines Gestaltungsbeirates wird nicht gesehen,

- die Erneuerung der Lichtsignalanlage an der Europakreuzung wird für wichtig erachtet, allerdings nicht die Diagonalquerung.

Herr Dr. Kerath

Botschaft an die CDU: Es werden keine gefassten Beschlüsse im Rahmen der Haushaltsdiskussion aufgehoben. Diese Position ist nicht verhandelbar, über alles andere besteht Gesprächsbereitschaft.

Herr Rappen

Der Änderungsantrag der CDU befindet sich in Vorbereitung.

6.1 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024

BV-V/07/0706-01

Eingereichte Fragen von Herrn Gabel:

- 1) Eine Gewerbesteueranhebung kann eine Lösung für das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2024 sein. Wir bitten daher um eine Modellrechnung für die Anhebung auf den Durchschnitt der Städte in MV (über 30.000 Einwohner). Berücksichtigt werden sollen die Gewerbesteuereinnahmen sowie veränderten Zuweisungen und Abführungen von/an Land/Kreis sowie weitere prognostizierbare Haushaltsauswirkungen für die Jahre 2024 bis 2028.

Frau Stawinski: Es wurden ähnliche Städte betrachtet (Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Stralsund und Wismar). Der Durchschnitt der Hebesatzpunkte bei diesen Städten beträgt 450 % (die Stadt Greifswald liegt aktuell bei 425 %). Würde die Stadt ihren Hebesatz um 25 Prozentpunkte erhöhen, würden im Jahr 2024 rund 1,67 Mio. EUR mehr erzielt werden, aber in 2024 die Gewerbesteuerumlage sich um 130.209 EUR erhöhen. Außerdem würden sich nach aktuellem Satz die Kreisumlage um 260.829 EUR erhöhen und die Schlüsselzuweisungen um 841.282 EUR reduzieren. Von den 1,67 Mio. EUR würden letztlich 441.696 EUR übrig bleiben.

- 2) In der letzten Ausschusssitzung wurde mitgeteilt, dass eine Aufteilung auf Radwege/Gehwege/Autoverkehr in der Haushaltssatzung nicht möglich sei, aber zu einem späteren Zeitpunkt durchaus erfolgt. Da in der Haushaltssatzung zugleich aber das Ziel von 30 EUR pro Einwohner für den Radverkehr verankert ist, wäre es folglich notwendig, die einzelnen Maßnahmen entsprechend der Anteile des Modal Splits darzustellen. Wir bitten um entsprechende Auskünfte für den vorliegenden Haushaltssatzungsentwurf.

Anmerkung der Protokollantin: Diese Frage wurde während der Sitzung nicht thematisiert; die Beantwortung erfolgt von der Verwaltung als Anlage zum Protokoll.

- 3) Das Friedhofswesen weist einen größeren Fehlbetrag auf. Gibt es Vorschläge der Verwaltung, wie dieser Bereich kostendeckend betrieben werden kann? Wenn ja, bitten wir darum, dass diese Vorschläge (Gebührenanhebung, Veränderung der angebotenen Dienstleistungen etc.) vorgelegt werden. Kann die technische Erneuerung des Krematoriums zeitlich verschoben werden

bzw. mit welchen Nachteilen wäre dies verbunden?

Herr Schick: Die Höhe der in 2023 dargestellten Unterdeckung beim Friedhofswesen resultieren auf der Berücksichtigung von angemeldeten investiven Maßnahmen für den Friedhofsbereich. Es handelt sich um Technik (Kleintransporter, Anhänger, Aufsitzmäher) und um Kosten für den Wegebau. Diese Anmeldungen befinden sich zurzeit noch im nichtfinanzierbaren Bereich (Kat. 3), müssten aber eigentlich für die Aufrechterhaltung der Betriebs- und Geschäftstätigkeit des Friedhofes in den finanzierbaren Teil verschoben werden. In der Kalkulation der neuen in 2023 zu überarbeitenden Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung werden diese Investitionen einfließen, sodass sie sich so über den Abschreibungszeitraum amortisieren.

Die Instandsetzungen im Bereich des Krematoriums können aufgrund des Zustandes der Ofenanlage nicht auf folgende Haushaltsjahre geschoben werden, weil ansonsten ein Ausfall der Kremierungsanlagen sehr wahrscheinlich ist. Auch hier werden die investiven Kosten für die Instandsetzungen bei der Kalkulation für das Krematorium in der neuen Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung in 2023 berücksichtigt und finanziert.

Herr Evers

Inwieweit wird beim Krematorium und beim Friedhof eine Kostendeckung angestrebt (da über 1 Mio. EUR Defizit)?

Herr Schick: Die Investitionskosten und Unterhaltungskosten fließen in die Friedhofs- und Friedhofsgebührensatzung mit ein und können sich nur über mehrere Jahre refinanzieren.

Frau Stawinski: Ein vergebener Platz wird zu einem festen Preis über Jahre abgegrenzt. Sollte ein höherer Satz für die nächste Kalkulation angesetzt werden, kann dieser nicht auf die bisher verkauften Plätze angewendet werden. Dadurch wird immer ein Defizit vorhanden sein.

Herr Dr. Kerath

Sind die Kalkulationen zur Hafengebührensatzung (kostendeckende Gebühren im Seehafen Ladebow) im Haushalt 2023/2024 schon eingearbeitet?

Herr Schick: ja

Bereits 2022 hätten alle Bushaltestellen einen barrierefreien Zugang haben müssen. Im neuen Haushalt für 2023/2024 sind diesbezüglich keine Maßnahmen geplant, obwohl es eine pflichtige Aufgabe ist.

Herr Schick: Diese Maßnahmen waren in der ursprünglichen Haushaltsplanung enthalten, konnten aber aufgrund der Haushaltslage nicht berücksichtigt werden. Auch bei den Bushaltestellen für die neue Liniennetzführung sind die geplanten Mittel im nichtfinanzierbaren Teil.

Herr Krüger

Wie viele Bushaltestellen sind betroffen?

Anmerkung der Protokollantin: Diese Frage wurde während der Sitzung nicht thematisiert; die Beantwortung erfolgt von der Verwaltung als Anlage zum Protokoll.

Herr Evers

Die Aussage vom letzten Jahr war, dass der Seehafen Ladebow kostendeckend kalkuliert werden sollte. Der Ansatz im Haushalt für 2023 zeigt jetzt ein Minus 533 TEUR und im Jahr 2024 ein Minus von 440 TEUR. Wie wird „kostendeckend“ definiert?

Herr Schick: In 2023/2024 sind im Seehafen die Baggerungen finanziell dargestellt. Die Kosten dafür werden in der nächsten Kalkulationsperiode berücksichtigt und umgelegt. In der letzten Kalkulation waren diese Kosten nicht enthalten, weil die Baggerungen noch nicht beauftragt waren.

Herr Krüger

Bei Kalkulationen zu Satzungen sollte eine einheitliche Verfahrensweise Anwendung finden.

Herr Schick: Es ist nicht üblich, dass nicht fertiggestellte Baumaßnahmen in Kalkulationen für Gebühren Berücksichtigung finden.

Herr Krüger regt an, diese Thematik verwaltungsintern mit dem Rechtsamt bis zum 20.02.2023 zu erörtern.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

| | |
|-----------------|--|
| <u>Anlage 1</u> | TOP 6.1_20230131 Anlage Erläuterungen Stellenplan öffentlich |
| <u>Anlage 2</u> | TOP 6.1_20230131 Anlage Pflichtigkeit von Stellen öffentlich |
| <u>Anlage 3</u> | TOP 6.1_20230131 Anlage Verkehrsmaßnahmen öffentlich |
| <u>Anlage 4</u> | TOP 6.1_20230131 Anlage Bushaltestellen öffentlich |
| <u>Anlage 5</u> | TOP 6.1_20230131 Anlage Kostenkalkulation öffentlich |

6.1.1 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024

**BV-V/07/0706-
01-01**

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01

Herr Dr. Kerath bringt die Vorlage ein und erläutert die beabsichtigten Änderungen.

Zu folgenden Änderungspunkten wurde diskutiert:

Um die Fertigstellung des Neubaus des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums zum Schuljahresbeginn 2029/2030 zu gewährleisten, ist die Ausschreibung der Planungsleistungen bereits im Jahr 2023 durchzuführen.

Herr Kremer: Als Vorleistung ist hier die Abstimmung mit dem Landkreis erforderlich, letztlich muss dieser diese Schule finanzieren. Der Landkreis behält sich eine Beteiligung am Planungsprozess vor. Die Planungen sind noch nicht soweit, dass der Landkreis abschließend zustimmen kann. Zudem sind auch im Immobilienverwaltungsamt in 2023 keinerlei Kapazitäten vorhanden, um die Planungen auszuschreiben und anzugehen. Die Politik wird gebeten, in den

Haushalt nur Sachen aufzunehmen, die dann auch personell geleistet werden können.

Herr Dr. Kerath: Der Engpass beim Personal ist ein Problem, aber die Verwaltung hat den Termin 01.07.2029 zur Fertigstellung gesetzt. Wenn dieser Termin ernst gemeint war, muss ein anderer Weg gefunden werden oder eine andere Priorisierung erfolgen.

Frau von Busse: Die anderen umzusetzenden Hochbauvorhaben sind bekannt, letztlich wurden auch diese durch die Politik beschlossen.

Herr Rappen: Zu diesem Änderungsantrag befindet sich die CDU noch in Diskussion.

Der sogenannte Tag der Entscheidung ist erstmals im Mai 2024 durchzuführen, zeitlich parallel mit der Europawahl.

Frau Stawinski: In welcher Höhe sollen Mittel ausgereicht werden für etwaige Projekte (bisher waren 100 TEUR vermerkt)?

Anmerkung der Protokollantin: Die Frage wurde von der SPD-Fraktion noch nicht beantwortet.

Die Einsetzung eines Gestaltungsbeirates in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat zu erfolgen.

Frau Stawinski: Die anderen Beiräte bekommen einen einheitlichen Zuschuss, sollen diese Mittel hier auch angesetzt werden?

Anmerkung der Protokollantin: Die Frage wurde von der SPD-Fraktion noch nicht beantwortet.

Statt des Neubaus einer Lichtsignalanlage am Platz der Freiheit ist der Platz der Freiheit gemäß der vorliegenden bzw. zu erstellenden Planungen zu einer Kreuzungsanlage mit einer so- genannten Diagonalquerung umzubauen.

Herr Schick: In den jetzigen Zustand kann keine Diagonalquerung eingebaut werden. Der komplette Knotenpunkt muss angepasst und umgebaut werden (Hansering und Wolgaster Straße jeweils eine Spur weg, Umplanung der Bushaltestelle). Das heißt, dass die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genannten Zahlen überarbeitet werden müssen (2023: Planung; 2024: Bauen).

Herr Kaiser: Dass die Planungen ab 2023 laufen sollen, ist unrealistisch. Die Leistungsphasen (LPH) 1 und 2 werden vom Stadtbauamt durchgeführt und dann ab Leistungsphase 3 an das Tiefbau- und Grünflächenamt übergeben. Momentan verfügt das Stadtbauamt über keine Kapazitäten. Die vorhandene Verkehrsplanerin ist mit den laufenden Maßnahmen komplett ausgelastet, sodass die LPH nicht vorbereitend vergeben werden können. Zudem können die Planungen erst nach Genehmigung des Haushaltes beginnen. Die Wahrscheinlichkeit, mit den Planungen schon in 2023 zu beginnen, ist sehr gering.

Frau von Busse: Solange kein Verkehrsplaner zur Verfügung steht, kann die Umsetzung nicht erfolgen, mit einem Verkehrsplaner frühestens 2024/2025. Es

muss auf die Schulwegsicherung für Kinder hingewiesen werden, falls es zu einem Ampelausfall kommen sollte. Aus der Vergangenheit (vor Amtsantritt Frau von Busse) wurde wohl immer gesagt, dass erst nach Fertigstellung des 1. BA Hansering der 2. BA mit der Diagonalquerung in Angriff genommen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

6.1.2 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024 **BV-V/07/0706- 01-02**

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01

Die Vorlage wird von Herrn Krüger eingebracht. Die Änderungsanträge beziehen sich sowohl auf Sparmaßnahmen als auch zusätzliche Maßnahmen. Zum Stellenplan können noch keine Aussagen getroffen werden.

Zu folgenden Änderungsanträgen wurde diskutiert:

54100-M00003 Schulweg- und Verkehrssicherung – 2023: 305 TEUR
- Freigabe 120 EUR LSA Platz der Freiheit nur, wenn Diagonalquerung mit umgesetzt wird
- 2023: zusätzlich 300 TEUR für Diagonalquerung

Frau Stawinski: Beträge werden mit aufgenommen.

Aufwand

Ab 2023: jährlich 25 TEUR Projektförderung Kultur- und Initiativenhaus StraZe
Ab 2023: jährlich zusätzlich 20 TEUR allgemeine Kulturförderung
Ab 2023: jährlich zusätzlich 5 TEUR allgemeine Musikpflege
Ab 2023: Fortführung jährlich 50 TEUR Klimafonds

Frau Stawinski: Es fehlen die Deckungsvorschläge (grundsätzlich sollten diese immer mit angegeben werden).

Herr Krüger: Als Deckungsquelle sollen die „ersparten Stellen“ dienen.

KAT 1

55100-M00008 Umgestaltung Rosengarten mit Jastram-Brunnen – 2023: 977 TEUR
- Sperrvermerk, bis Verkehrslösung Radquerung Walther-Rathenau-Straße (54100-M00046) kommt

Herr Schick: Aus Sicht der Verwaltung sind es zwei unterschiedliche Vorhaben. Die Platzverhältnisse, die für die Querung der Walther-Rathenau-Straße/Rudolf-Petershagen-Allee benötigt werden, sind in der Planung des Rosengartens bereits berücksichtigt (z. B. Gehwegenanlagen sind hinter die Baumreihen verlegt worden, um somit die Querverkehre für Fußgänger und Radverkehr aufzunehmen).

Frau von Busse: Die Planung zum Rosengarten ist bis zur Entwurfsreife fortgeschritten. Die denkmalpflegerische Zielstellung wurde im Januar 2023 in Abstimmung mit dem Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege und der unteren

Denkmalbehörde fertiggestellt. Auf dieser Grundlage kann die weitere Planung aufbauen. Mit der Fertigstellung des Entwurfs wird es eine öffentliche Beteiligung sowie eine Kinderbeteiligung zum Spielplatz geben. Die AG kinderfreundliches Greifswald ist unterstützend einbezogen. Für das Jastram-Relief ist ein restauratorisches Gutachten in Vorbereitung, welches die Grundlage für die Restaurierung bildet. In Zusammenarbeit mit dem Kulturamt wird für das Gesamtensemble (Brunnen, Relief und Senkgarten) eine Förderung durch die Wüstenrot-Stiftung angestrebt. Die Aussicht auf Zuwendung ist gut. Der Antrag befindet sich in Vorbereitung. Die Ausschreibungen für die Ausführung erfolgen ab Mai/Juni 2023; anschließend erfolgt der 1. BA (Westseite: Senkgarten, Treppen, Mauern); die bauliche Umsetzung des 2. BA (Ostseite: Spielplatz und mittlere Wiese) ist für 2024 geplant, sofern die zusätzlichen Haushaltsmittel bestätigt werden. Das gesamte Vorhaben ist weit vorangeschritten. Es gibt keinen Zusammenhang mit der Querung der Walther-Rathenau-Straße, außer dass beides räumlich nebeneinander liegt. Die Hinweise des Bauausschusses zur Querung aus dem vergangenen Jahr werden im März im Bauausschuss ausgewertet. Es wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass für weitere Änderungen etc. zurzeit kein Verkehrsplaner zur Verfügung steht. Dass der Rosengarten, der in der letzten Haushaltsplanung mit das Wichtigste war, mit einem Sperrvermerk versehen werden soll, kann verwaltungsseitig nicht nachvollzogen werden.

Herr Rappen: Für die CDU ist es nicht nachvollziehbar, warum diese Maßnahme geschoben werden soll. Die Aufwertung des Rosengartens wird als dringend erachtet.

Frau von Busse: Es gibt keine bauliche Notwendigkeit, den Rosengarten mit der Walther-Rathenau-Straße zusammen zu betrachten. Es wird eine unabhängige Querung geben.

Nach dieser Diskussion wird der Sperrvermerk von Herrn Krüger zurückgezogen.

KAT 3

11403-M000015 Fahrzeuge und Zusatzgeräte Bauhof

2023: 869 TEUR, 2024: 357,6 TEUR, 2025: 143,6 TEUR, 2026: 160 TEUR

- 2023: Kürzung um 50 TEUR

- 2024: Kürzung um 100 TEUR

Herr Schick: Die Anmeldung der Technik vom Bauhof ist schon den reduzierten Stellenplanzahlen für den Bauhof angepasst.

42419-M00002 Skateranlage an der CDF-Sporthalle

- 2024: Planungsleistungen 30 TEUR mit der Auflage, eine Anlage mit max.

Kostenumfang von 400 TEUR zu planen

- 2025: Einstellen der dann ermittelten Kosten für Skateranlage

Herr Kremer: Die 900 TEUR waren für 2027 geplant. Bis dahin werden Kostensteigerungen erwartet, auch liegt bislang keine Aufgabenstellung vor, diese wäre durch Dritte zu tätigen. Die Kosten für die Vorplanung liegen bei ca. 30 TEUR, die Ausführung bei ca. 50 TEUR und die Baukosten bei ca. 350 TEUR.

55100-M00002 Spielgeräte

2023: 290 TEUR

- Sperrvermerk für 110 TEUR für Erneuerung Wackelschiff. Freigabe für max. 90

TEUR für Holzarbeiten und sonstige Instandsetzungen ohne Mechanik. Sollte sich bei Austausch der Kutterteile herausstellen, dass die Mechanik erneuert werden muss, Freigabe der gesperrten 110 TEUR

2024: 50 TEUR

- ab 2024 um 10 TEUR erhöhen auf 60 TEUR

Herr Schick: Die Situation beim Wackelschiff muss geprüft werden.

54100-M00048 Umrüstung städtische Beleuchtungsanlagen - LED Straßenbeleuchtung

- 2023 - 2026: jährlich 150 TEUR

- 2023: erhöhen auf 300 TEUR (entsprechend kürzere Laufzeit der Gesamtfinanzierung)

Herr Rappen: Die CDU kann sich hier vorstellen, größere Schritte zu gehen, als die Verwaltung vorgeschlagen hat. Intern werden hier noch Abstimmungen getätigt.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

6.1.3 Änderungsantrag zu: Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024

BV-V/07/0706-01-03

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01

Die Vorlage wird von Frau Socher eingebracht. Die Mittel sind für eine ½ Stelle angedacht.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

6.1.4 Änderungsantrag

Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2023/2024

BV-V/07/0706-01-04

Antrag zur Vorlage BV-V/07/0706-01

Die Vorlage wird von Herrn Gabel eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

6.2 Bewohnerparkgebührenordnung der UHGW

BV-V/07/0704

Wurde bereits in der Sitzung am 16.01.2023 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

6.2.1 Änderungsantrag zu: Bewohnerparkgebührenordnung der UHGW Antrag zur Vorlage BV-V/07/0704

**BV-V/07/0704-
01**

Der Antrag wird von Herrn Dr. Kerath eingebracht. Der jetzige Vorschlag ist abweichend von dem der Verwaltung. Die im Vorfeld im Hauptausschuss getätigten Anmerkungen und Hinweise werden noch Beachtung finden.

Herr Jaap drückt sein Unverständnis für diesen Änderungsantrag aus.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

keine

8 Ende der Sitzung

Die Sitzung wird um 19:32 Uhr beendet.

Vorsitz:

Protokollant/in:

Gerd-Martin Rappen

Birgit Rosolski